Claudia Brunner
Landrätin
Hofstatt 19a
6460 Altdorf

Motion:

Einreichung einer Standesinitiative betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen

Geschätzter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Zusammen mit dem Zweitunterzeichner Peter Stadler, SVP Landrat Attinghausen, reiche ich folgende Motion zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen ein.

Antrag

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Uri bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative einzureichen: Gestützt auf den Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Uri folgende Initiative: Die Schweiz und auch der Kanton Uri stehen vor grossen Herausforderungen im Asylbereich. Die Anzahl Asylsuchender ist in den letzten Jahren stark angestiegen, was zu einer Überlastung des Asylwesens, Problemen im Bereich Sicherheit und zu hohen Kosten geführt hat. So kann es nicht weiter gehen. Die aktuelle Situation ist unüberschaubar und untragbar und erfordert rasche Massnahmen, um die Kontrolle zurückzugewinnen.

Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen

An die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.
Der Kanton Uri fordert den Bund auf, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Der Bund muss die Zuwanderung in die Schweiz wirksam steuern und begrenzen. Die von Volk und Ständen angenommene Massenzuwanderungsinitiative ist endlich und konsequent umzusetzen.

2. Der Kanton Uri fordert einen sofortigen Stopp der Zuweisung von Asylbewerbern, bis der Bund die Situation im Asylwesen in den Griff bekommen hat. Dazu gehört beispielsweise die Rückführung von Personen, die einen negativen Asylentscheid erhalten und somit kein Anrecht auf einen Aufenthalt in der Schweiz haben.

3. Der Kanton Uri fordert einen sofortigen Stopp der Zuweisung von Asylbewerbern, bis der Bund die Vollkosten des Asylwesens transparent ausweist, einschliesslich der Kosten für die Unterbringung, die Betreuung sowie die Gesundheits- und Sozialkosten (z.B. Krankenkasse). Zu erfassen sind dabei die Kosten für anerkannte und nicht anerkannte Asylbewerber (Status F, N und S).

4. Der Kanton Uri fordert einen sofortigen Stopp der Zuweisung von «Flüchtlingen», bis der Bund die Asylverfahren beschleunigt und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber konsequent durchsetzt.

Begründung

Der Kanton Uri ist bereit, seinen Beitrag zur Bewältigung der Asyl- und Migrationsproblematik zu leisten. Die aktuelle Situation ist jedoch kritisch und mit grosser Sorge zu betrachten. Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu einer Überlastung der Infrastruktur, zum Verlust von Sicherheit und zu sozialen Spannungen. Der gesamte Asylbereich ist eine grosse Herausforderung. Im Jahr 2020 hatten wir im Kanton Uri rund 500 Personen, und mittlerweile sind es rund 1000 Personen. Besonders die hohen Kosten des Asylwesens belasten die öffentlichen Haushalte. Die Kantone und Gemeinden müssen für die Versäumnisse des Bundes aufkommen und Millionen für die gescheiterte Asylpolitik des Bundes aufwenden. Der Bund seinerseits setzt sich weder gegenüber den Ländern durch, die ihre Staatsbürger nicht mehr zurücknehmen noch kontrolliert der Bund die Landesgrenze. Die Auswirkungen auf die Sicherheit, die Wohnsituation, die Schuleingliederungen und die Kosten im Gesundheitsbereich sind verheerend und bringen Kantone, Gemeinden und die Bevölkerung an den Rand des Tolerierbaren.

Der Kanton Uri fordert den Bund deshalb auf, die notwendigen, aufgelisteten Massnahmen zu ergreifen, um die Situation im Asylwesen zu entschärfen. Solange der Bund das Asylchaos nicht im Griff hat, die Vollkosten nicht ausweist und die Masseneinwanderungsinitiative nicht umgesetzt hat, kann der Kanton Uri keine weiteren Asylbewerber aufnehmen. In vielen Kantonen in der Schweiz wurde in den letzten Jahren das anwachsende Asylchaos missachtet oder schlichtweg zu wenig Beachtung geschenkt. Handeln wir doch jetzt als weitsichtige Urner Politikerinnen und Politiker und agieren zum Wohle unserer Urner Bevölkerung.

Altdorf, 5. Februar 2025

Erstunterzeichnerin

Claudia Brunner
Landrätin SVP Altdorf

Zweitunterzeichner

Peter Stadler
Landrat SVP Attinghausen